

KOMMENTAR ZUM RECHTSTERRORISMUS

Wie Fische im Wasser

Seit Mao beherzigen Terroristen das Bild vom Kämpfer, der sich wie ein Fisch im Wasser bewegen müsse. Er ist dann nach der Fisch, die Bevölkerung ist das Wasser. In den 70er und 80er Jahren gab es ein Klima von linker Gesinnung, die mehr oder weniger in den linksextremistischen Bereich hineinreichte und Räume entstehen ließ, in denen Linksterroristen untertauchen konnten. Sie wollten ein anderes System von links mit Mord und Gewalt herbeitorisieren. Offenkundig ist lange übersehen worden, dass sich in Deutschland längst ein „rechtes“ Wasser gebildet hat, in dem „rechte“ Fische den Systemumsturz von rechts betreiben.

Die Grenzen aufzeigen

Dem Bild Maos entspricht das seit einigen Jahren rapide zunehmende Gefühl von Rechtsextremisten und Neonazis, keine ausgegrenzten Außenseiter mehr zu sein.

Dass im Umfeld der Proteste von Chemnitz der Hitlergruß gezeigt, Nazi-Sprüche gerufen und Ausländer sowie ein jüdisches Lokal attackiert wurden und bald darauf auch in Dortmund Neonazis für Stunden unbeküllt die Straßen mit rassistischen und antisemitischen Parolen beherrschen konnen

ten, bedeutet in diesem Zusammenhang eine besorgniserregende Wasserstandsmeldung.

Es ist deshalb gut, wenn Generalbundesanwalt Peter Frank hart durchgreifen lässt und rechtsextremistischen Aktivisten die Grenzen zwischen demokratischem Protest und verbotenem Terror aufzeigt. Es bleibt jedoch zu wünschen, dass er deutlich mehr Material hat als Glasflaschen, Quarzhandschuhe und einen Elektroschokker auf der Schlossteichinsel von Chemnitz. Denn es wäre verheerend für die leicht entflammbarre Stimmung im Frühherbst 2018 wenn am Ende vor allem der Verdacht stünde, hier habe eine dem SPD-Justizministerium unterstehende Behörde den relativierenden Äußerungen einer dem CSU-Innenministerium unterstehenden Behörde etwas entgegenstellen wollen.

az-politik@zeitungsverlag-aachen.de

GREGOR MAYNTZ



ZUR PERSON

Ein Rivale für Weber



Alexander Stubb,
finnischer
Christdemokrat

Die Vorstellung, dass der künftige Präsident der Europäischen Kommission morgens zunächst schwimmen geht, danach ein paar Radkilometer absputzt und schließlich noch eine lange Strecke läuft, mag etwas befreindlich sein. Sollte die Wahl auf Alexander Stubb fallen, könnte aber genau das passieren. Der 50-jährige finnische Christdemokrat und frühere Ministerpräsident seines Heimatlandes wird heute vor der christdemokratischen Fraktion des Europäischen Parlaments in Straßburg sprechen – und dabei seinen Hut in den Ring für die Europawahl 2019 werfen. Das heißt: Stubb will Spitzenkandidat und danach Chef der wichtigsten EU-Behörde werden. Und er tritt gegen seinen Par-

teifreund, den deutschen CSU-Politiker Manfred Weber, an. Der Vorsitzende der größten Fraktion in der Abgeordnetenkammer hatte bereits vor einigen Wochen seine Kandidatur erklärt. Nun müssen beide ihre Parteifreunde sammeln. Entschieden wird am 8. November bei einem Treffen der Europäischen Volkspartei, dem Dachverband der Christdemokraten, ausgerechnet in Helsinki – für Stubb wird es ein Heimspiel.

Für Weber wird das nicht leicht. Stubb kann vieles vorweisen, was dem Bayern fehlt: Der Finne hat Regierungserfahrung, gilt als bestens vernetzt, spricht neben seiner Muttersprache Englisch, Französisch und Deutsch fließend und ist mit einem Selbstbewusstsein gesegnet, das ihn zu einem beliebten und vielzitierten Politiker macht – auch heute noch. Seit 2017 arbeitet er als Vizepräsident der Europäischen Investitionsbank (EIB) in Luxemburg. Das ist die Hausbank der EU, die mit ihren Krediten sozusagen als finanzieller Arm der EU fungiert.

Anschwellender Populismus

Laut einer Studie der Bertelsmann-Stiftung sind die Wahlberechtigten in Deutschland zunehmend anfällig für demagogische Parolen – auch Anhänger der politischen Mitte.

VON ANNE-BEATRICE CLASMANN

BERLIN In der politischen Arena ist „Populismus“ ein Kampfbegriff, um Stammitsch-Polterer und unrealistische Vorschläge abzuqualifizieren. Doch auch Wissenschaftler nutzen den Begriff, um bestimmte Positionen und Kommunikationsmuster zu beschreiben. Die Deutschen waren gegen Populismus lange Zeit weitgehend immun – anders als viele EU-Bürger in Italien, Österreich, Ungarn oder Frankreich. Doch das ändert sich gerade. Und zwar obwohl die Arbeitslosenquote auf ein niedriges Niveau gesunken ist. Mehr als drei von zehn Wahlberechtigten (30,4 Prozent) sind laut einer aktuellen Studie der Bertelsmann-Stiftung „populistisch eingestellt“. Das sind etwa vier Prozent mehr als im Vorjahr. Auch die „Intensität“ dieser Einstellung habe zugenommen, stellen die Forscher fest.

„Dünne Ideologie“

Populismus ist aus wissenschaftlicher Sicht eine „dünne Ideologie“, bei der die Gesellschaft in zwei Gruppen aufgeteilt wird: hier das „reine Volk“, dort die „korrupte Elite“. Hinzu kommt die Kritik an den politischen Eliten, dem sogenannten Establishment. Darunter fallen Politiker, Wirtschaftsbosse und Journalisten. Ein dritter Aspekt ist die Vorstellung, es existierten einheitliche Meinungen sowohl auf der Seite des Volkes als auch bei der politischen Elite. Für Meinungsvielfalt ist im Populismus kein Platz.

Daraus ergibt sich eine oft diffuse Unzufriedenheit mit dem aktuellen politischen Angebot. Und eine Sehnsucht nach einfachen Lösungen in einer durch Globalisierung und Digitalisierung immer komplexer werdenden Welt. Davon profitiert in Deutschland laut der Studie derzeit am stärksten die AfD. Aber auch die Linkspartei kann bei den Populisten punkten. Für die mitgliederstarken Traditionsparteien CDU, CSU und SPD wird dieser Trend dagegen zunehmend zum Problem.

Die Grünen sind nach Einschätzung der Forscher die deutsche Partei, die am wenigsten populistische Positionen im Angebot hat. Das sei für die Grünen aber kein Problem, da ihre Anhängerschaft fast ausschließlich dem Dritteln der Bevölkerung zuzurechnen sei, das für populistische Parolen absolut unempfänglich ist.

Wie haben die Forscher das festgestellt? Das Meinungsforschungsinstitut Infratest dimap hat im Auf-



Kurze Sätze, knallige Schlagworte: Im Wahlkampf setzen alle Parteien auf populäre Parolen.

FOTO: DPA

trag der Stiftung im Frühjahr mehr als 3400 Wahlberechtigte befragt. Sie sollten angeben, welche Partei sie bei der Bundestagswahl 2017 gewählt haben und wo sie sich auf einer Links-rechts-Skala selbst verorten. Außerdem sollten sie bestimmte Aussagen bewerten – zum Beispiel zur Frage der „Volkssovereinheit“ und zur Einschätzung der politischen Elite.

Sieben von zehn Wahlberechtigten, die populistische Positionen gut finden und sich selbst politisch rechts verorten, wählen demnach die AfD. Dass die Partei von Alexander Gauland und Jörg Meuthen trotz der teilweise rechtsnationalen Äußerungen ihrer Spitzenfunktionäre auch in der politischen Mitte Wähler mobilisieren kann, liegt nach Einschätzung der Forscher am populistischen Angebot der Partei, die sich – obgleich inzwischen in fast allen Parlamenten vertreten – weiterhin als Speerspitze der Bürger im Kampf gegen das sogenannte „Establishment“ inszeniert.

Allerdings hängt die „gläserne Decke“ beim Wählerpotenzial für die AfD den Angaben zufolge relativ niedrig. In der Befragung gaben

71 Prozent der Wahlberechtigten an, sie würden die AfD „auf keinen Fall wählen“. Das ist mehr als bei jeder anderen im Bundestag vertretenen Partei. Über die Linkspartei sagen dies 51 Prozent. Die Grünen halten 31 Prozent der Studien-Teilnehmer für unwählbar. Bei der FDP und den Unionsparteien sind es noch 29 Prozent.

SPD hat das größte Potenzial

Die SPD ist in den vergangenen Wochen zwar von einem Umfragetief zum nächsten getaumelt. Das Po-

tenzial der Sozialdemokraten ist aber zumindest theoretisch weiterhin das größte aller Parteien. Nur 23 Prozent der Wahlberechtigten würden auf keinen Fall SPD wählen.

Die Studie zeigt außerdem: Politiker, die deutlich höhere Investitionen in den sozialen Wohnungsbau fordern, können bei den Wählern aktuell besonders viele Punkte sammeln. Wer sich gegen mehr Volksabstimmungen und für die Aufnahme von „sehr vielen neuen Flüchtlingen“ ausspricht, riskiert dagegen laut Umfrage seine Beliebtheit beim Wahlvolk.

STRATEGIEN GEGEN POPULISMUS

„Mehr auf Themen der Sozialpolitik setzen“

Chance zur Mobilisierung.

Die Präsidentin des Sozialver-

bands VdK, Verena Bentele, sagte, die Politik müsse dem Populismus durch mehr Gerechtigkeitsthemen entgegenwirken. Als Beispiele nannte sie eine ausreichende Rente, bezahlbaren Wohnraum, gute Pflege- und Gesundheitsversorgung sowie gleiche Bildungschancen. (kna)

INTERVIEW ZUM REFORMBEDARF IN DER KATHOLISCHEN KIRCHE

Kontrolle, geteilte Gewalten und die weibliche Perspektive

Was der Kirchenrechtler Schüller von den Bischöfen fordert. Aber er ist sehr skeptisch, dass sie das, was notwendig sei, auch tatsächlich schaffen.

AACHEN Der Missbrauchsskandal hat die katholische Kirche nach Ansicht des Kirchenrechtlers **Thomas Schüller**, Direktor des Instituts für Kanonisches Recht an der Katholisch-Theologischen Fakultät der Universität Münster, in eine moralische Katastrophe geführt; sie habe „im Moment jegliche Glaubwürdigkeit in diesem Punkt verloren“. Mit ihm sprach unser Redakteur **Peter Pappert**.

Herr Professor Schüller, wer muss die moralische Glaubwürdigkeit der Kirche wiederherstellen?

Schüller: Zuvörderst die jetzt im Amt befindlichen Bischöfe. Sie haben ihre Scham und Betroffenheit geäußert; aber das ist nicht mehr ausreichend. Die betroffenen Opfer erwarten, dass jemand Verantwortung übernimmt. Versöhnung ist erst möglich, wenn jemand zu seiner Verantwortung steht und dafür sorgt, dass so etwas nicht mehr passiert. Auch die noch nicht so lange amtierenden Bischöfe müssten die Verantwortung ihrer Vorgänger übernehmen. Das wäre wirklich entlastend. Nur so gewinnt man Glaubwürdigkeit zurück.

Was heißt das konkret?

Schüller: Die Bischöfe müssen ungeschminkt reden. Es muss klare Pläne zur Prävention geben. Leitende klerikale Mitarbeiter in einzelnen Bistümern dürfen nicht länger denen, die aufklären wollen, Knüppel zwischen die Beine werfen. Man muss den Ursachen für Missbrauch ohne Rücksicht auf Verluste nachgehen.

Das heißt?

Schüller: Das heißt: tabuloses, ehrliches Sprechen über Homosexualität. Es gibt immer noch die Norm in der Ordnung für die Priesterausbildung, dass homosexuelle Priesteramtkandidaten nicht zur Weihe zugelassen werden dürfen. Was machen die also? Sie versuchen in den fünf Jahren im Seminar alles, um ihre Orientierung zu kaschieren. So ist ein natürlicher Zugang zur eigenen Sexualität gar nicht möglich.

Ihre Forderungen gehen weiter.

Schüller: Allerdings. Es muss endlich strukturelle Gewaltenteilung

eingeführt werden. Es geht nicht, dass Kleriker sich nur selbst kontrollieren. Männer und Frauen des Volkes müssen die kirchliche Verwaltung kontrollieren; und dazu gehört auch der Personaleinsatz. Es ist ganz wichtig, dass Frauen in der Kirche mitentscheiden, denn sobald Frauen dabei sind, ändern sich sofort die Perspektiven und das ganze Miteinander.

Wird es solche Schritte geben?

Schüller: Ich bin sehr skeptisch, ob es überhaupt – geschweige denn schnell – gelingt. Ich bin skeptisch, ob Menschen verlorenes Vertrauen zurückgewinnen. Denn das ist der gravierendste Vertrauensverlust, den ich in mehr als 30 Jahren meiner Tätigkeit erlebt habe.

Akten sollten offengelegt und von unabhängigen Experten untersucht werden. Können die Verantwortlichen in den Bistümern

das verweigern, weil es sich um Personalakten handelt?

Schüller: Da muss man eine Güterabwägung vornehmen. Der Kölner Kardinal Woelki hat diese Offenheit angekündigt – ohne Rücksicht auf Personenrechte. Er will die Akten kompetenten Forschern zur Verfügung stellen, um ein realistisches Bild zu erhalten. Das ist mutig; da muss man auch in den Clinch mit den eigenen Klerikern gehen. Die Notwendigkeit, in diesen Fällen gravierende Persönlichkeitsrechte außer Kraft zu setzen, ergibt sich aus der Schwere der Verbrechen. Das ist zwar sehr umstritten, aber man muss es radikal tun.

Sie sprechen von klerikalen und männerbündischen Strukturen, von einem absolutistischen System. Sind die Bischöfe selbst überhaupt in der Lage, das zu ändern?

Schüller: Nur die Bischöfe können es tun, aber sie brauchen unbedingt Un-

terstützung aus dem Volk. Mit männerbündisch meine ich, dass das kirchliche System eine bestimmte Klientel von Männern anzieht; und dann wird unter dem Mantel der geistlichen Begleitung geistliche Macht missbraucht. Das wird in der Studie ja beschrieben. Deshalb müssen unbedingt Frauen in alles eingebunden werden. Da für muss man Dogma und Amt gar nicht grundsätzlich infrage stellen. Aber ich sehe nicht, dass es irgendjemanden gibt, der den Mut hätte, das so offensiv zu tun.

Es wird sich also nichts ändern?

Schüller: Ich befürchte das. Wenn es an denen scheitert, die vom Papst ernannt sind, liegt das eben am absolutistischen System. Die Sache stinkt vom Kopf; das muss man deutlich sagen. Der Papst will, aber er stößt auch bei den afrikanischen, ozeanischen, asiatischen Bischöfekonferenzen auf Desinteresse. Wir brauchen Bischöfe, die den ganz normalen rechtsstaatlichen Grundstandard erfüllen, sich kontrollieren zu lassen. Das ist noch ein langer Weg.

Was können die engagierten Laien und ihre Räte in den Diözesen tun?

Schüller: Sie können Forderungen stellen – und zwar öffentlich. Sie können ihren Bischof auffordern, sich im Vatikan dafür einzusetzen, dass niemand, der sich zum Priesteramt berufen fühlt, wegen seiner sexuellen Orientierung ausgeschlossen wird. Das ist eine ganz handfeste Forderung.

Würden die Bischöfe solche Appelle ernstnehmen, oder würden sie es einfach aussitzen?

Schüller: Letzteres ist die hauptsächliche Haltung. Man wird es als wichtiges Anliegen bezeichnen und es doch als störend oder gar anmaßend empfinden. In der Kirchengeschichte hat es aber viele Jahrhunderte gegeben, in denen das Volk über die Besetzung von Ämtern entschieden hat. Und heute muss sich jeder, der sich um ein öffentliches Amt bewirbt, der Diskussion oder einem Assessment-Verfahren stellen. Warum in der Kirche nicht? Das ist genau das Männerbündische: In den geistlichen Bereich dringt kein Weltlicher ein.

Klartext gegenüber den Bischöfen: Kirchenrechtler Professor Dr. Thomas Schüller von der Universität Münster. FOTO: ANDREAS SCHMITTER

